

88.791

Interpellation Wiederkehr
Vollzugsverbesserung
beim geltenden Raumplanungsgesetz
Aménagement du territoire.
Exécution de la loi

Wortlaut der Interpellation vom 7. Oktober 1988

– Was hat den Bundesrat veranlasst, ungenügende kantonale Richtpläne zu genehmigen, die gegen die Ziele der Raumplanung verstossen?

– Warum hat der Bund von über 1000 anfechtbaren kantonalen Entscheiden nur 7 vor Bundesgericht gebracht?

Zu Artikel 5 RPG über Ausgleich und Entschädigung

Mit welchen Massnahmen kann erreicht werden, dass die Kantone die vorgeschriebene Ausführungsgesetzgebung über den Ausgleich von planerischen Vor- und Nachteilen erlassen?

Ist der Bund bereit, vermehrt kantonale Entschädigungsentscheide an das Bundesgericht weiterzuziehen, um so die übertriebene Entschädigungs-Angst vieler Gemeinden vor Auszonungen abzubauen?

Zu Artikel 6 bis 12 RPG über Richtpläne der Kantone

Mit welchem Massnahmen kann erreicht werden, dass alle kantonalen Richtpläne dem Verbrauch unserer Landschaft einen wirksamen Riegel schieben, wie dies vom Gesetz verlangt wird?

Zu Artikel 14 bis 17 RPG über Nutzungspläne der Gemeinden

Mit welchen Massnahmen kann erreicht werden, dass die Bautätigkeit in Gemeinden mit bundesrechtswidrigen Nutzungsplänen, d. h. mit überdimensionierten Bauzonen, tatsächlich auf das jetzige Siedlungsgebiet beschränkt bleibt, wie dies das Gesetz verlangt? Ist der Bundesrat bereit, zum Schutz der Landschaft direkt Nutzungszonen zu erlassen, wie dies das Gesetz vorsieht?

Zu Artikel 24 RPG über Bauen ausserhalb der Bauzonen

Ist der Bundesrat bereit, seine extreme Zurückhaltung aufzugeben und vermehrt kantonale Ausnahmegenehmigungen beim Bundesgericht überprüfen zu lassen? Mit welchen Massnahmen kann erreicht werden, dass alle Kantone der Meldepflicht (Art. 103 des Organisationsgesetzes) und der Publikationspflicht (Art. 16 der Raumplanungs-Verordnung) nachkommen?

Texte de l'interpellation du 7 octobre 1988

– Pour quelles raisons la Confédération a-t-elle approuvé des plans directeurs cantonaux qui n'étaient pas complets et qui étaient contraires aux objectifs de la loi sur l'aménagement du territoire?

– Pourquoi, sur plus de 1000 décisions cantonales qui pouvaient faire l'objet d'un recours, la Confédération n'en a-t-elle porté que 7 devant le Tribunal fédéral?

Concernant l'article 5 LAT, Compensation et indemnisation par quel moyen peut-on obtenir des cantons qu'ils édictent les dispositions d'exécution prescrites afin qu'il soit équitablement tenu compte des avantages et des inconvénients qui résultent de mesures d'aménagement?

La Confédération est-elle prête à porter plus souvent des décisions d'indemnisation devant le Tribunal fédéral afin de diminuer les craintes exagérées de nombreuses communes suite au déclassement de zones à bâtir?

Concernant les articles 6 à 12 LAT, Plans directeurs des cantons, quels moyens peut-on mettre en oeuvre pour que tous les plans directeurs cantonaux servent à freiner efficacement l'utilisation sans ménagement de notre territoire – ainsi que l'exige la loi?

Concernant les articles 14 à 17 LAT, Plans d'affectation des communes, quels moyens peut-on mettre en oeuvre pour que les projets de construction prévus dans les communes

qui ont établi des plans d'affectation non-conformes au droit fédéral – c'est-à-dire qui ont prévu des zones à bâtir surdimensionnées – restent effectivement limités aux zones d'habitation actuelles, ainsi que la loi le demande?

Le Conseil fédéral est-il disposé, pour protéger le territoire, à fixer lui-même des zones d'affectation, ainsi que la loi le prévoit?

Concernant l'article 24 LAT, Exceptions prévues hors de la zone à bâtir, le Conseil fédéral est-il prêt à renoncer à l'extrême réserve dont il fait preuve et à soumettre plus souvent au Tribunal fédéral des autorisations exceptionnelles de bâtir délivrées par les cantons? Par quels moyens peut-on obtenir de tous les cantons qu'ils respectent leur obligation d'annoncer (art. 103 de la loi d'organisation judiciaire) et de publier (art. 16 de l'ordonnance sur l'aménagement du territoire)?

Mitunterzeichner – Cosignataire: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

In Teil 3 des Raumplanungsberichts 1987 «Künftige Raumordnungspolitik – Absichten des Bundesrates» postuliert der Bundesrat Leitsätze, die allesamt richtig sind, jedoch keine Auskunft geben darüber, wie die offensichtlichen Vollzugsmängel zu beheben sind, mit welchen Mitteln und Massnahmen.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 28. November 1988

Rapport écrit du Conseil fédéral du 28 novembre 1988

1. Zur Genehmigung ungenügender Richtpläne

Der Gesetzgeber setzte in Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe a RPG für die Erstellung der Richtpläne eine Frist von fünf Jahren und erteilte dem Bundesrat die Kompetenz, diese Frist ausnahmsweise zu verlängern (Art. 35 Abs. 2 RPG). Diese Frist wurde vom Bundesrat Ende 1984 generell um zwei Jahre verlängert. Bis zum heutigen Datum sind 15 Richtpläne genehmigt. Bis Ende 1988 werden es 18 sein. Mit Beschluss vom 25. März 1987 forderte der Bundesrat die Kantone auf, die Richtpläne fertigzustellen und beauftragte das EJPD, die Kantone dabei zu unterstützen und dem Bundesrat die notwendigen Massnahmen im Sinne von Artikel 30 und 37 RPG zu beantragen.

Tatsächlich entsprechen von den genehmigten Richtplänen nicht alle dem Bundesrecht, was zum Teil zu Genehmigungsbeschlüssen mit Vorbehalten führte. Anpassungen sind unumgänglich, was z. B. eine Statistik der Baulandreserven zeigt: Diese ergibt Unterschiede innerhalb der Kantone mit genehmigten Richtplänen von 24 bis 197 Prozent. Auch die von den Kantonen verlangten Richtpläneergänzungen werden nicht immer innert Frist nachgeholt.

2. Zum Beschwerderecht nach Artikel 103 Buchstabe b OG Das Recht zur Behördenbeschwerde wurde an das Bundesamt für Raumplanung delegiert (Art. 17 Abs. 3 RPV). Seit Inkrafttreten des RPG hat das Bundesamt in neun Fällen letztinstanzliche Entscheide beim Bundesgericht überprüfen lassen. Die vom Bundesgericht beurteilten Beschwerden wurden allesamt gutgeheissen. Das BRP wird sich auch weiterhin auf die Anfechtung von krass bundesrechtswidrigen Entscheiden oder solchen von grosser präjudizieller Bedeutung beschränken.

Damit vom Behördenbeschwerderecht überhaupt Gebrauch gemacht werden kann, müssen die anfechtbaren kantonalen Entscheide dem Bundesamt mitgeteilt werden. In den vergangenen achteinhalb Jahren wurden dem BRP 976 Entscheide zugestellt. Das ist statistisch gesehen nur ein kleiner Teil der gesamtschweizerisch gestützt auf Artikel 5 Absatz 2 und 24 RPG ergangenen Verfügungen, und zwar deshalb, weil in den allermeisten Fällen diese gar nicht angefochten werden und es nicht zu letztinstanzlichen Entscheiden kommt. Es gibt auch Kantone, die der Mitteilungspflicht nicht nachleben, und solche, welche «beschwerdeträchtige» Entscheide nicht mitteilen.

Die dem BRP zur Kenntnis gebrachten Entscheide entsprechen in der Regel dem Bundesrecht. Das BRP wird gezielt

bei den säumigen Kantonen auf eine Verbesserung der Mitteilungsdisziplin hinwirken.

3. Ausgleich und Entschädigung

Der Bundesrat muss zur Kenntnis nehmen, dass die Kantone dem Gesetzgebungsauftrag von Artikel 5 Absatz 1 RPG nur ungenügend nachkommen. Das BRP hat zu diesem Thema Forschungsaufträge erteilt und deren Ergebnisse den Kantonen mitgeteilt.

Im Bereich von Artikel 5 Absatz 2 RPG sah sich das BRP bisher nie veranlasst, einen Entscheid beim Bundesgericht überprüfen zu lassen (vgl. Ziff. 2 zur Mitteilungspflicht). Es informiert und berät oft Kantone und Gemeinden, welche wegen der hohen Streitwerte den Weg zum Richter in der Regel nicht scheuen.

4. Zur materiellen Verbesserung der Richtpläne

Grundsätzlich kann an dieser Stelle auf den Raumplanungsbericht 1987 und auf den in Ziffer 1 erwähnten Bundesratsbeschluss verwiesen werden. Auch in Zukunft sollen der Kontakt mit den Kantonen und die Beratungstätigkeit gepflegt werden. Mehr kann allerdings aus finanziellen und personellen Gründen nicht getan werden. Künftig wird der Bundesrat mit der Genehmigung von Richtplänen auch direkt planerische Massnahmen (Art. 30 und 37 RPG) verfügen.

5. Zu den bundesrechtswidrigen Nutzungsplänen

In Gemeinden, die nach Ablauf der Frist von Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe b RPG über keinen den Anforderungen des Bundesrechts entsprechenden Nutzungsplan verfügen, müssen die kantonalen Behörden tätig werden: Sie haben Planungszonen (Art. 27 RPG) zu erlassen oder andere Massnahmen zu ergreifen, die so weit gehen können wie Artikel 36 Absatz 3 RPG, also das weitgehend überbaute Gebiet zur vorläufigen Bauzone erklären. Wenn die Kantonsregierungen diese Pflicht nicht erfüllen, wird letztlich der Richter im Einzelfall über die Anwendbarkeit von Artikel 36 Absatz 3 RPG zu entscheiden haben.

6. Zur Publikation der Ausnahmegewilligungen

Seit Inkrafttreten der Verordnung über die Raumplanung vom 26. März 1986 (RPV) besteht nach Artikel 16 Absatz 2 die Publikationspflicht für Ausnahmegewilligungen; 17 von 26 Kantonen befolgen diese Pflicht. Artikel 16 Absatz 2 RPV wurde von einzelnen kantonalen Baudirektoren als fragwürdiger Eingriff in die kantonale Verfahrenshoheit kritisiert. Diese Kritik ist unbegründet. Der Bundesrat wird alles in seiner Macht Liegende tun, um die Artikel 16 Absatz 2 RPV nicht oder nicht korrekt vollziehenden Kantone zu einer bundesrechtskonformen Publikationspraxis zu bewegen.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt. Er beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	offensichtliche Mehrheit
Dagegen	Minderheit

88.395

Interpellation Brügger

Schiessplatz Kaisereggalp.

Ausbau

Place de tir de Kaisereggalp.

Extension

Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. In welcher Phase befindet sich das angekündigte Projekt?
2. Soll mit dem Ausbau eine Zufahrtsmöglichkeit für Motorfahrzeuge geschaffen werden? Wenn ja, für welche Fahrzeugtypen?
3. Von welcher Seite her ist eine Erschliessung geplant?
 - Von der Geissalp aus mit Tunnelbau oder
 - vom Simmental aus?
4. Ist für den Fall der Geissalpvariante eine direkte Verbindung Schwarzsee–Salzmatt–Geissalp–Kaisereggalp geplant? Kurzfristig oder auch mittel- und längerfristig?
5. In welchem Ausmass ist eine Ausdehnung der militärischen Aktivitäten vorgesehen?
 - In bezug auf die zeitliche Ausdehnung? Welche Jahreszeiten und Fristen?
 - Welche Waffen sollen auf der Kaisereggalp eingesetzt werden?
6. Wie soll die zukünftige Schiessstätigkeit mit derjenigen der umliegenden Schiessplätze koordiniert werden?
7. Sollen auf der Kaisereggalp in Zukunft auch Truppen zum Einsatz kommen, die nicht in der unmittelbaren Region stationiert sind?
8. Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass über geplante Ausbauschritte, auch über verschiedene Ausbauvarianten frühzeitig Behörden und Bevölkerung sachlich, umfassend und fair informiert werden?

Texte de l'interpellation du 16 mars 1988

Dans le rapport du Conseil fédéral du 13 mai 1987 sur la situation et la planification dans le domaine des places d'armes, d'exercice et de tir, on peut lire que le DMF prévoit l'extension de la place de tir de Kaisereggalp.

Je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Dans quelle phase se trouve le projet annoncé?
2. L'extension de la place de tir implique-t-elle la construction d'une voie d'accès pour les véhicules à moteur? Dans l'affirmative, pour quels types de véhicules?
3. De quel côté est prévue la voie d'accès:
 - Du côté de Geissalp avec la construction d'un tunnel ou
 - du côté du Simmental?
4. Au cas où la variante de Geissalp est choisie, une liaison directe Lac-Noir-Salzmatt-Geissalp-Kaisereggalp est-elle prévue? Si oui, est-ce un projet à court, moyen ou long terme?
5. Dans quelle mesure une extension des activités militaires est-elle prévue:
 - A quelles saisons et à quelles dates?
 - Quelles armes doivent être engagées à Kaisereggalp?
6. Comment les futurs exercices de tir vont-ils être coordonnés avec ceux des places de tir environnantes?
7. Des troupes qui ne sont pas stationnées dans la région immédiate seront-elles également engagées à l'avenir à Kaisereggalp?
8. Le Conseil fédéral est-il prêt à faire en sorte que les autorités et la population soient informées à temps, objectivement, complètement et honnêtement sur les différentes étapes et variantes de l'extension?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Ammann, Bäumlín Richard, Bäumlín Ursula, Béguelin, Bircher, Bodenmann, Braunschweig, Danuser, Hafner Ursula, Hubacher, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Mauch Ursula, Meizoz, Morf, Neukomm, Pitteloud, Rechsteiner, Ruffy, Uchtenhagen (23)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 31. August 1988

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 31 août 1988

1. Bei der im Bericht des Bundesrates vom 13. Mai 1987 über den Stand und die Planung auf dem Gebiet der Waffen-

Wortlaut der Interpellation vom 16. März 1988

Im Bericht des Bundesrates über den Stand und die Planung auf dem Gebiet der Waffen-, Schiess- und Übungsplätze der Armee vom 13. Mai 1987 ist nachzulesen, dass das EMD den Ausbau des Schiessplatzes Kaisereggalp vorsieht.

Interpellation Wiederkehr Vollzugsverbesserung beim geltenden Raumplanungsgesetz

Interpellation Wiederkehr Aménagement du territoire. Exécution de la loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.791
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1966-1967
Page	
Pagina	
Ref. No	20 017 010

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.